



Bern, 28. November 2005

Energiefachstelle  
Herr Bruno Liesch  
Brunngasse 30  
Postfach 124  
3000 Bern 7

## **Energiestrategie der Stadt Bern Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Liesch

Herzlichen Dank für die Einladung zur Vernehmlassung, von der wir nachstehend wie folgt Gebrauch machen:

### **Allgemeines**

Die Energiestrategie ist eine gute Arbeitsgrundlage zur Definition der energiepolitischen Ziele der Stadt Bern. Das Grüne Bündnis unterstützt die Stossrichtung und begrüsst die Auswahl der Handlungsfelder und die Nennung Akteure und Akteurinnen. Nach unserer Einschätzung fehlen allerdings im Massnahmenkatalog präzisere Angaben zum Zeitplan der Umsetzung von Massnahmen sowie der Aspekt der Kooperations- und Koordinationsmöglichkeiten mit Gemeinden der Region.

### **Grundsätze und Ausganglage**

Das Grüne Bündnis stimmt der Zielsetzung zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien zu. Die bisherigen Zielsetzungen wurden nicht erreicht (nur 14% inkl. Wasserkraft und hälftige Anrechnung der KVA-Fernwärme). Die quantitativen Vorgaben zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien beurteilen wir als zu gering. Zudem fehlt bei den umweltpolitischen Grundsätzen die Zielsetzung des Ausstiegs aus der Atomenergie. Das Grüne Bündnis fordert die nachträgliche Ergänzung dieser Zielsetzung.

Der vom ETH-Rat als für eine nachhaltige Versorgung notwendige Zielsetzung formulierte Eckwert der 2000-Watt-Gesellschaft, würde gegenüber heute eine Reduktion des Energieverbrauchs pro Kopf von 6000 auf 2000 W bedingen. Wir vermissen hierzu eine auch für die Stadt Bern geltende zielorientierte Formulierung.

### **Oberziele und Ziele:**

1. Die Betonung sollte noch stärker auf die Förderung neuer erneuerbaren Energien gelegt werden.
2. Die Ausstiegsstrategie aus Atomversorgung fehlt bei den Oberzielen (ist erst bei den Zielen Versorgung aufgeführt).
3. Eine differenziertere Bestandaufnahme würde auch differenziertere Zielsetzungen ermöglichen.
4. Quantitative Ziele sind unseres Erachtens wichtig, der Anteils an erneuerbaren Energien ist zu tief.
5. Die Bezeichnung der Handlungsfelder ist in Ordnung.

### **Massnahmenkatalog**

1. Der Massnahmenkatalog deckt noch lange nicht alle Zielsetzungen der Strategie ab.
2. Generell fällt der Bereich „Energieversorgung“ dürftig aus, was auf Kommunikationshürden und Kooperationsschwierigkeiten zwischen EFS und ewb schliessen lässt. Hier müsste unseres Erachtens die Hauptarbeit geleistet werden und dies ist auch der Bereich, wo das Energiepapier des GB (siehe Beilage) die Lücke zum grossen Teil schliesst. Hierhin kommen die in den Zielsetzungen erwähnten tariflichen Massnahmen oder die Beteiligungsstrategie von ewb.
3. Die dämpfende Wirkung der internet-basierten Energiekatasters auf den Energieverbrauch ist nicht plausibel. Eine klarere Formulierung mit Zweck und Wirkung ist notwendig, da die Massnahmen mit 110'000 CHF bei Ökofonds zu Buche schlagen würde.

### **Finanzierung (letzte Seite)**

Die direkten Kosten für die erwähnten Massnahmen nehmen sich zwar insgesamt bescheiden aus, insbesondere auch was die Kostenbeteiligung der Direktionen und Betriebe betrifft. Es ist absehbar, dass ein Gerangel um die Gelder des Ökofonds stattfinden wird. Das Grüne Bündnis schlägt deshalb eine Vergaberichtlinie mit klaren Kriterien unter gemeinderätlicher Kompetenz vor.

Wir sehen zudem Forderung bestätigt, dass ein neu formuliertes Pflichtenheft für die EFS nötig ist und sich eine Aufstockung der Arbeitskapazitäten aufdrängt.

Gerne verweisen wir für weitere inhaltliche Anregungen auf das im Sommer 2005 erstellte Energiepapier des Grünen Bündnis der Stadt Bern.

Mit freundlichen Grüssen

Monika Hächler  
Politische Sekretärin Grüne Bündnis